

BerufsbildungsBrief

Nr. 2/2008

Inhalt

Seite 2 | Allgemein bildender Unterricht: Vereinheitlichung führt zu mehr Qualität

Seite 3 | Lehrvertragsauflösungen: Jetzt sind die Berufsfachschulen gefordert

Seite 5 | Beat Künzi, Präsident Berufsbildungsrat: «Wir übernehmen die Funktion eines Seismografen»

Seite 6 | Neuer Flyer: Berufsbildung kurz erklärt

Seite 6 | Erziehungsdirektion: An der BAM 2008

Seite 6 | Séction francophone: Neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter

Information des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA), Tel. 031 633 87 12, mba@erz.be.ch
Berufsbildungsbrief im Internet: www.erz.be.ch/bbb
Berufsbildungsbrief als elektronischen Newsletter bestellen: berufsbildungsbrief@erz.be.ch

Amtswechsel

Berufsberatung neu beim MBA

Seit Anfang Mai gehört die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung nicht mehr zum Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB), sondern zum Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA). Der Wechsel geht auf eine Motion aus dem Grossen Rat zurück und trägt der Tatsache Rechnung, dass die Berufsberatung immer mehr Querschnittsaufgaben wahrnimmt. Sie spielt über alle Bildungsstufen und -ämter hinweg eine zentrale Rolle: bei der Berufswahl, beim Einstieg in eine berufliche Grundbildung, beim Übertritt in die Arbeitswelt, bei der Wahl einer höheren Berufsbildung oder eines Studiums sowie bei Fragen zur Weiterbildung. Hinzu kommt, dass sie zahlreiche Begleit- und Integrationsaufgaben wahrnimmt, insbe-

sondere für Jugendliche und junge Erwachsene mit erschwerten Startbedingungen. Aktuelles Beispiel ist das Projekt «Take off ... erfolgreich ins Berufsleben» (Case Management), das bei der Berufsberatung angegliedert wird.

Die Neuzuteilung der Berufsberatung zum MBA verkürzt in wichtigen Aufgabengebieten die Wege zwischen Beratungs-, Integrations- und Bildungsangeboten und setzt Synergien frei. Diese sollen zur Optimierung der Angebote genutzt werden. Die enge Zusammenarbeit ist allerdings für beide Seiten nicht neu, denn bereits bisher wurden viele Projekte gemeinsam geplant und umgesetzt. Nun kann diese Zusammenarbeit unter einem gemeinsamen Dach fortgeführt werden. *rm*



Neue Perspektiven in Sicht: Die Berufsberatung und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt gehen gemeinsam in die Zukunft.

BILD: KOMMA PR

Berufsschulorganisation '08

Ab 2009 geht die Zahl der Schulaustritte markant zurück. Was bedeutet diese Entwicklung für die Angebote der Berufsbildung? Um diese Frage zu klären, hat der Regierungsrat das Projekt «Optimierung Berufsschulorganisation '08» lanciert.

Zu erwarten ist, dass die Berufsfachschulen nicht mehr alle bisherigen Klassen führen können.

In einigen Berufen dürfte es daher zu einer Konzentration auf wenige Standorte kommen. Dieses Sparpotenzial

muss genutzt werden, denn die Berufsbildung steht vor neuen Aufgaben, die zu finanzieren sind. So steigt in den meisten Berufen die Zahl der Lektionen mit jeder Revision an. Und die Zunahme der zweijährigen Grundbildung (Berufsattest) braucht zusätzliche Ressourcen, weil die Lernenden in kleineren Klassen unterrichtet werden. Auf die Berufsfachschulen kommt also nicht weniger Arbeit zu.

Der Handlungsbedarf wird in enger Zusammenarbeit mit den Berufsfachschulen, den Organisationen der Arbeitswelt und den betroffenen Regionen ermittelt. Bis Mitte Jahr soll die Analyse vorliegen. Klar ist: Eine qualitativ hoch stehende Berufsbildung muss sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. In diesem Sinne ist die Optimierung der Berufsschulorganisation ein wichtiger Schritt zur Qualitätssicherung.

Theo Ninck, Vorsteher MBA
theo.ninck@erz.be.ch

www.erz.be.ch > Berufsbildung > Projekte

Editorial



Vereinheitlichung führt zu mehr Qualität

Auf Lehrbeginn 2008 wird der allgemein bildende Unterricht an den Berufsfachschulen des Kantons Bern standardisiert. Mehr Gewicht erhält der Fachbereich «Sprache und Kommunikation». Auch das Qualifikationsverfahren wird vereinheitlicht.

WILLY OBRIST

Der bisherige eidgenössische Rahmenlehrplan für den allgemein bildenden Unterricht stammt aus dem Jahr 1996. Im Jahr 2006 wurde er vollständig revidiert, so dass die Kantone die Umsetzung an die Hand nehmen konnten. Das Umsetzungskonzept des Kantons Bern liegt vor und zeigt, wie der allgemein bildende Unterricht an den Berufsfachschulen ab Sommer 2008 gestaltet werden soll.

Das neue Konzept bringt in erster Linie eine Vereinheitlichung: Künftig werden an allen Berufsfachschulen im Kanton Bern dieselben Themen und Inhalte vermittelt (siehe Kasten). Das ermöglicht auch ein einheitliches Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfung).

Sprache wird wichtiger

Der allgemein bildende Unterricht an den Berufsfachschulen umfasst drei Lektionen pro Woche und gliedert sich in die beiden Fachbereiche «Sprache und Kommunikation» sowie «Gesellschaft». Letzterer deckt inhaltlich ein breites Themenspektrum ab (Ethik, Identität/Sozialisation,



Alle Berufsfachschulen des Kantons Bern vermitteln künftig im allgemein bildenden Unterricht den selben Stoff.

BILD: THOMAS CUNZ

Themen und Inhalte

Künftig befassen sich im Kanton Bern alle Berufsschülerinnen und -schüler im allgemein bildenden Unterricht mit denselben Themen und Inhalten. Es sind dies:

- Berufliche Grundbildung
- Geld und Kauf
- Risiko und Sicherheit
- Demokratie und Mitgestaltung
- Kunst und Kultur
- Schweiz in Europa und der Welt
- Markt und Konsum
- Globale Herausforderungen
- Wohnen und Zusammenleben
- Arbeit und Zukunft

Kultur, Ökologie, Politik, Recht, Technologie, Wirtschaft).

Einen Schwerpunkt setzt das neue Konzept bei «Sprache und Kommunikation». Grammatik, Orthografie, Stil und Wortschatz spielen künftig eine wichtige Rolle. Angestrebt wird eine systematische Förderung in den Bereichen «verstehen», «sich ausdrücken», «sich austauschen» sowie «sprachliche Normen» und «kommunikative Strategien». Dabei berücksichtigen die Lehrpersonen den jeweiligen Sprachstand der Lernenden und setzen entsprechend das Niveau fest, auf dem diese gefördert und beurteilt werden. Ein konkretes Bildungsziel auf anspruchsvollem Niveau könnte so lauten: «Kann einen Geschäftsbrief schreiben, der über standardisierte Anfragen und Bestätigungen hinausgeht». Oder: «Kann ein Gesuch um unbezahlten Urlaub differenziert begründen.

Der neue Rahmenlehrplan bildet auch für die zweijährige berufliche Grundbildung (Attest) die Grundlage für den allgemein bildenden Unterricht. Das erleichtert den Lernenden einen späteren Wechsel in

eine drei- oder vierjährige Grundbildung (Fähigkeitszeugnis).

Know-how-Transfer

Die Vereinheitlichung des allgemein bildenden Unterrichts dürfte zu mehr Qualität führen. Künftig überprüfen die Verantwortlichen der Berufsfachschulen gegenseitig ihre Lehrpläne, was zu einem Know-how-Transfer führt. Zudem wird der Austausch unter den Lehrpersonen erleichtert. Entsprechend positiv haben die Berufsfachschulen reagiert.

Weitere Infos

Die Projektgruppe des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA) zur Umsetzung der Verordnung und des Rahmenlehrplans für den allgemein bildenden Unterricht stand unter der Leitung von Willy Obrist (Abteilungsvorsteher an der Gewerblich-industriellen Berufsschule Bern). Infos: www.erez.be.ch/abu

Jetzt sind die Berufsfachschu

«Mehr als jedes fünfte Lehrverhältnis im Kanton Bern wird frühzeitig aufgelöst» – dieses Fazit einer Studie hat vor zwei Jahren schweizweit für Schlagzeilen gesorgt. Jetzt präsentiert eine Arbeitsgruppe Vorschläge, um Vertragsauflösungen vorzubeugen und betroffene Jugendliche besser zu begleiten. Gefordert sind in erster Linie die Berufsfachschulen.

ROLF MARTI

Das Echo aus dem Blätterwald liess aufhorchen: «Immer mehr Jugendliche brechen ihre Lehre ab», «Die Hälfte findet keinen Anschluss», «Ein Schritt ins Leere». Auslöser der Schlagzeilen war die Längsschnittstudie «Lehrvertragsauflösungen im Kanton Bern, LEVA». Sie kam zum Schluss, dass jedes fünfte Lehrverhältnis frühzeitig aufgelöst wird.

Die Gründe, die zu einer Lehrvertragsauflösung führen, sind vielfältig. Als häufigste Ursache nennen Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie betroffene Lernende schlechte schulische Leistungen. Was die andern Ursachen betrifft, driften die Einschätzungen der Vertragsparteien aber deutlich auseinander. Während die Verantwortlichen in den Lehrbetrieben angeben, die Jugendlichen hätten nicht nur in der Schule, sondern auch im Betrieb ungenügende Leistungen erbracht und sich ganz allgemein zu wenig angestrengt, bemängeln die Lernenden häufig die Sachkompetenz der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie die unangenehme Arbeit. Hinzu kommen Konflikte mit Vorgesetzten sowie die Erkenntnis vieler Lernender, dass sie sich vor Vertragsabschluss ungenügend über ihren Lehrbetrieb informiert haben (vgl. Berufsbildungsbriefe Nummer 2/06 und 2/07, www.erk.be.ch/bbb > Archiv).

Anschluss gefährdet

So vielfältig wie die Gründe, die zu einer Lehrvertragsauflösung führen können, so vielschichtig sind auch die Folgen. Den Betrieben entstehen Umtriebe und hohe Kosten, weil sich Ausbildungsinvestitionen normalerweise erst gegen Ende der Lehrzeit amortisieren lassen – also mit zunehmender Produktivität der Lernenden. Schlechte Erfahrungen mit Lernenden dämpfen zudem die Ausbildungsbereitschaft.



Damit der Lehrvertrag nicht im Papierkorb endet: Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern ergreift Begleitung gefährdeter Jugendlicher.

Auf Seite der Jugendlichen besteht die Herausforderung darin, rechtzeitig eine Anschlusslösung zu finden. Auch hier liefert die Studie beeindruckende Zahlen: Mehr als die Hälfte der betroffenen Jugendlichen steht zum Zeitpunkt der Vertragsauflösung ohne Ausbildungsperspektive da. Für ein Drittel gilt diese Aussage auch eineinhalb Jahre später. Das Risiko, nach so langer Zeit den Wiedereinstieg zu verpassen und keinen Abschluss auf Sekundarstufe 2 (Berufslehre, Mittelschule) zu erzielen, ist gross – und damit das Risiko, irgendwann im sozialen Auffangnetz zu landen. Hinzu kommt, dass viele in eine persönliche Krise geraten

und mit gesundheitlichen Beschwerden reagieren.

Beachtlich ist auch der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Lehrvertragsauflösungen entsteht. Die Studie nennt für den Kanton Bern eine Summe von 21 Millionen Franken pro Jahr.

Früherkennung und Begleitung

Keine Frage also: Es besteht Handlungsbedarf. Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter der Leitung von Hansruedi Wyss (ehemaliger Rektor der Berufsfachschule Langenthal) ein entsprechendes Massnahmenpaket ausgear-

len gefordert



Massnahmen zu Früherkennung und

BILD: KOMMA PR

beitet hat. Die zwei zentralen Begriffe darin lauten «Früherkennung» und «Case Management».

Die frühzeitige Identifizierung gefährdeter Lehrverhältnisse bietet die Möglichkeit, im Dialog mit allen Betroffenen (Lernende/Lernender, Lehrbetrieb, Eltern, Ausbildungsberatung, Lehrpersonen) nach einer Lösung zu suchen, bevor es zu spät ist. Dies ist ein entscheidender Punkt, denn die LEVA-Studie hat gezeigt, dass 49 von 100 Verträgen aufgelöst werden, ohne dass die Lernende/der Lernende und die Berufsbildnerin/der Berufsbildner vorgängig im Gespräch versucht haben, die Vertragsauflösung zu verhin-

dern. Das Lösungsspektrum unterscheidet sich von Fall zu Fall. Oft reicht es, die Jugendlichen mit Stützkursen zu fördern oder sie besser im Betrieb zu betreuen. In vielen Fällen ist aber die Auflösung nicht zu verhindern. Unmittelbare Anschlussmöglichkeiten sind die Umwandlung eines drei- oder vierjährigen Lehrverhältnisses in eine zweijährige berufliche Grundbildung (Attest) oder der Wechsel in einen neuen Lehrbetrieb.

Wo eine Lehrvertragsauflösung ohne Anschlusslösung unausweichlich ist, müssen die betroffenen Jugendlichen individuell begleitet werden (Case Management), um zu verhindern, dass sie frühzeitig aus dem Bildungssystem fallen. Dazu braucht es kompetente Beratungsstellen.

Netzwerk aufbauen

Die Führungsrolle bei der Früherkennung und Begleitung gefährdeter Lernender fällt den Berufsfachschulen zu. Sie haben vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt den Auftrag erhalten, bis zum Lehrbeginn im August 2008 das von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Massnahmenpaket umzusetzen (vgl. Kasten). Es fordert in seinem Kern eine systematische Erfassung gefährdeter Jugendlicher, eine umfassende Information der Beteiligten sowie die Bereitstellung schulinterner Beratungsangebote beziehungsweise eine definierte Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungseinrichtungen.

Der Handlungsbedarf an den einzelnen Berufsfachschulen ist dabei recht unterschiedlich. Während einige Schulen bereits über Beratungsstellen und Instrumente zur Früherkennung verfügen, müssen andere diese Strukturen erst aufbauen – und zwar bis zum Lehrbeginn 2008.

Neben den Berufsfachschulen sind auch andere Stellen gefordert. Die Arbeitsgruppe schlägt beispielsweise vor, dass die Organisationen der Arbeitswelt verstärkt Einfluss auf die Ausbildungsqualität der Betriebe nehmen und Instrumente für ein besseres Selektionsverfahren entwickeln sollten. Und von den Ausbildungsberaterinnen und -beratern des Mittelschul- und Berufsbildungsamts fordert sie eine intensivere Begleitung der Lehrbetriebe. Die Arbeitsgruppe hofft, dass durch all diese Massnahmen ein enges Netzwerk entsteht, das verhindert, dass gefährdete Lernende durch die Maschen des Bildungssystems fallen.

Auftrag an die Berufsfachschulen

Die Berufsfachschulen haben den Auftrag, bis zum Lehrbeginn 2008 Vorkehrungen zur Früherkennung und Begleitung von gefährdeten Jugendlichen zu treffen. Sie müssen

- ein Beratungsangebot für Lernende zur Verfügung stellen.
- zum Lehrbeginn eine Standortbestimmung durchführen, um gefährdete Lernende möglichst früh mit geeigneten Hilfestellungen zu unterstützen.
- laufend die Entwicklung gefährdeter Lernender beobachten und die Wirksamkeit getroffener Massnahmen kontrollieren.
- für eine enge Zusammenarbeit der Lehrpersonen mit den Partnern des Lehrvertrags (Betrieb, Jugendliche, Eltern) sorgen.
- für jeden Lernenden ein Datenblatt mit allen relevanten Ansprechpersonen erstellen, das den Lernenden, den Ausbildungsverantwortlichen und den Eltern ausgehändigt wird.

Jugendliche mit multiplen Schwierigkeiten, die nicht durch die Fachstellen der Berufsfachschulen begleitet werden können, sollen künftig an das Case-Management-Projekt «Take off ... erfolgreich ins Berufsleben» verwiesen werden, das zur Zeit aufgebaut und der Berufsberatung angegliedert wird.

Die Studie

Die Studie «Lehrvertragsauflösungen im Kanton Bern, LEVA» wird im Auftrag der Erziehungsdirektion, der Volkswirtschaftsdirektion und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion durchgeführt. Die Autorinnen Barbara E. Stalder und Evi Schmid sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Abteilung Bildungsplanung und Evaluation der Erziehungsdirektion des Kantons Bern. Bisherige Ergebnisse unter: www.erz.be.ch/leva

Beat Künzi, Präsident Berufsbildungsrat

«Wir übernehmen die Funktion eines Seismografen»

Der Berufsbildungsrat des Kantons Bern hat einen neuen Präsidenten. Beat Künzi erklärt die Funktion des Gremiums und welche inhaltlichen Schwerpunkte er setzen will.

ROLF MARTI

Beat Künzi, was ist der Berufsbildungsrat?

Künzi: Der Berufsbildungsrat berät die Erziehungsdirektion in strategischen Fragen der Berufsbildung, der Weiterbildung und der Berufsberatung.

Wie setzt sich dieses Gremium zusammen?

Künzi: Aus Vertreterinnen und Vertretern der Verbundpartner sowie aus Expertinnen und Experten der Berufsbildung. Ernannt werden sie durch die Erziehungsdirektion, wobei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen paritätisch vertreten sind. Hinzu kommt je eine Vertretung der Berufsfachschulen, der Weiterbildung, der Fachhochschulen sowie der Berufsberatung. Zwei der fünfzehn Mitglieder stammen aus dem französischsprachigen Kantonsteil.

Hat der Berufsbildungsrat ausschliesslich eine beratende Funktion oder hat er auch Entscheidungskompetenzen?

Künzi: Wir haben keine Entscheidungskompetenzen, aber das Recht, zur Bildungsstrategie, zu Massnahmen, Erlassen und grösseren Finanzierungsbeschlüssen im Bereich der Berufsbildung Stellung zu nehmen. Zudem haben wir ein Antragsrecht. In der Praxis dürfte es schwierig sein, Beschlüsse gegen den Widerstand des Berufsbildungsrats zu fällen, denn diese müssen ja gemeinsam mit den Verbundpartnern umgesetzt werden können.

Was genau leistet der Berufsbildungsrat für die Berufsbildung?

Künzi: Wir sind eine Art Think-Tank, bringen Know-how bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten ein und übernehmen die Funktion eines Seismografen, der anzeigt, welche Resonanz eine geplante Massnahme bei den Verbundpartnern auslösen wird.

Konkret: An welchen Projekten arbeitet das Gremium zur Zeit?



Fordert eine konstruktive Zusammenarbeit der Verbundpartner: Beat Künzi, Präsident des Berufsbildungsrats.

BILD: KOMMA PR

Künzi: Aktuell beschäftigt uns die Berufsschulorganisation (siehe Editorial, Anm. Red.). Die Anpassung des Angebots an die sinkenden Schülerzahlen darf keine Lehrstellen gefährden. Wir fordern, dass bei den Berufsfachschulen eine sinnvolle regionale Abdeckung erhalten bleibt, denn wenn die Lehrbetriebe ihre Lernenden vom Oberland ins Seeland oder umgekehrt schicken müssen, dürfte bei einigen die Ausbildungsmotivation sinken. Zudem verlangen wir eine transparente und frühzeitige Kommunikation über die Entwicklung der Berufsschulorganisation. – Schon fast ein Dauerbrenner ist die Nahtstelle zwischen Volksschule und Berufsbildung. Wir fordern, dass an den Volksschulen ein einheitliches Bewertungssystem eingeführt und der Schulstoff besser auf die Berufsfachschulen abgestimmt wird.

ebenso für intellektuell begabte Lernende. Das ist gut. Aber wir dürfen die praktischen Talente nicht vergessen. Beispielsweise könnten wir an den Berufsfachschulen spezielle Klassen für Cracks führen.

Carte Blanche zum Schluss: Welche Botschaft richten Sie an die Akteure der Berufsbildung?

Künzi: Auch wenn es abgenutzt klingt: Gut qualifizierte Berufsleute sind die wichtigste Ressource unseres Landes. Um gesellschaftlich und wirtschaftlich weiterzukommen, müssen wir in die Qualität der Aus- und Weiterbildung investieren. Das setzt voraus, dass die Verbundpartner konstruktiv zusammenarbeiten.

Beat Künzi

Beat Künzi (45) löst Hans-Rudolf Blatter als Präsident des Berufsbildungsrats ab. Beat Künzi ist Geschäftsführer des Autogewerbeverbands (AGVS) Sektion Kanton Bern und Jura sowie Geschäftsführer des AGVS Kurszentrums Felsenau in Bern. Dort leitet er auch überbetriebliche Kurse. Beat Künzi ist verheiratet und passionierter Motorradfahrer.



Neuer Flyer

Berufsbildung kurz erklärt

Mit «Berufsbildung kurz erklärt» legt das Mittelschul- und Berufsbildungsamt eine kompakte und leicht verständliche Info- und Imagebroschüre zur Berufsbildung vor. Im Vorwort erläutern die Regierungsräte Bernhard Pulver und Andreas Rickenbacher die Bedeutung der Berufsbildung für den Kanton Bern und warum sich ausbilden lohnt. Anschliessend werden die wichtigsten Begriffe und Angebote kurz erläutert. Der Flyer richtet sich an potenzielle Lehrbetriebe und alle, die mit wenig Aufwand viel über die Berufsbildung erfahren möchten.

Bestellungen: mba@erz.be.ch

Erziehungsdirektion

An der BAM 2008

Die Bernische Ausbildungsmesse (BAM) findet vom 29. August bis zum 2. September 2008 in der BEA bern expo statt. Am Stand der Erziehungsdirektion werden unter anderem das neue Berufswahlkonzept und das Projekt «Take off – erfolgreich ins Berufsleben» (Case Management) zentrale Themen sein. www.bam.ch

Séction francophone

Neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter

Seit November 2007 arbeitet Florent Cosandey als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der französischsprachigen Abteilung des MBA. Zu seinen Aufgaben gehört die Einführung der neuen eidgenössischen Verordnungen über die berufliche Grundbildung im französischsprachigen Kantonsteil. Für den Politikwissenschaftler ist der Bildungsbereich kein Neuland. Entsprechende Erfahrungen hat er im Bundesamt für Statistik und im Gleichstellungsbüro des Kantons Neuenburg gesammelt. Florent Cosandey ist 33-jährig, verheiratet und Vater von zwei Kindern.



BerufsbildungsBrief

2/08 – Juni 2008

Informationen des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA)
Erscheint 3-mal jährlich

Herausgeberin:

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Mittelschul- und Berufsbildungsamt
Kasernenstrasse 27, Postfach,
3000 Bern 22

Tel. 031 633 87 12

Fax 031 633 87 29

mba@erz.be.ch

www.erz.be.ch/bbb

Redaktion:

Sibylle Beyeler (MBA), Jürg Blaser (WIFAG Bern), Lea Coburg (MBA), Jasmin Grossenbacher (MBA), Daniel Hurter (GIB Bern), Marianne Marending (MBA), Rolf Marti (komma pr), Monique Zürcher (MBA)

Grafische Gestaltung:

Büro eigenart, Stefan Schaer, Bern

Logistik:

Walter Krieg (MBA)

Druck:

Rickli+Wyss AG, Bern

Ausgabe 3/2008:

Erscheint in der Woche 47